

# Wehrpflicht oder Berufsheer?

## Aktuelle Bedrohung ist die Wirtschafts- und Kriegspolitik der EU

**NEUTRALITÄT  
sichern  
statt EU-res-  
Berufsheer!**

sollte all jenen zu denken geben, die die derzeitige Diskussion um Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Einführung eines Berufsheeres mit einem friedenspolitischen Fortschritt verbinden. Das Gegenteil ist wahr! Präsenzdiener können nicht automatisch zu globalen Militäreinsätzen verpflichtet werden.

Für ein Berufsheer tritt jetzt eine eigenartige Koalition von Grünen, Teilen der SPÖ samt deren Verteidigungsminister, BZÖ und der „Kronen-Zeitung“ in Erscheinung. Besonders weit hinaus lehnt sich der Grüne Peter Pilz. Geht es nach ihm, sollte sich Österreich auf eine ge-

*Ein Berufsheer ist leichter für offensive Kriegseinsätze und gegen die eigene Bevölkerung einsetzbar*

meinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik festlegen. Im Klartext gesprochen: Österreich soll vollwertiges Mitglied des EU-Imperialismus werden. In dieses Bild passt es, dass die Grünen einen KPÖ-Antrag im Landtag, der einen Ausstieg Österreichs aus den neutralitätswidrigen EU-Battlegroups fordert, abgelehnt haben. Mit der sogenannten „Solidaritätsklausel“ im EU-Vertrag wurde Militäreinsätzen im Inneren, etwa gegen eine „unbotmäßige“ Bevölkerung, die sich mit Massenprotesten dem verordneten Sparkurs verweigert, der Boden bereitet. Als entscheidende Bedrohung muss die aktuelle Wirtschafts- und Kriegspolitik der EU selbst

betrachtet werden: eine aggressive Außenhandelsorientierung, Sparpolitik nach innen, verbunden mit der Absicht, diese globale Machtprojektion auch militärisch zu unterfüttern. Eine demokratische und soziale Wende kann sich nur entfalten, wenn Österreich die Anbindung an diese Politik aufgibt. Die allgemeine Wehrpflicht hätte in diesem Kontext die Aufgabe, Bereitschaft und Strukturen zur Verteidigung eines eigenen, demokratischen und solidarischen Weges gegen aggressive Ambitionen äußerer, aber auch unserer eigenen Eliten zu formen. In diesem Sinne tritt die KPÖ-Steiermark in der Frage Berufsheer versus Wehrpflicht für Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und der Neutralität, bei gleichzeitiger Demokratisierung des Bundesheeres ein.

Ein Berufsheer ist sowohl leichter für offensive Kriegseinsätze als auch im Inneren gegen die eigene Bevölkerung einsetzbar. Vor allem Letzteres sollte eine der Lehren aus 1934 sein, als das österreichische Bundesheer auf Arbeiter geschossen hat. Deshalb die jahrzehntelange berechnete Aversion der österreichischen Sozialdemokratie gegen ein Berufsheer. Nun haben Teile der SPÖ im Sinne ihrer EU-Hörigkeit auch davon Abstand genommen.

Die österreichische Sicherheitsdoktrin und Militärpolitik ist heute auf EU-Linie abgestimmt. Folgende Ziele werden festgemacht: „Für Österreich ist die Teilnahme an EU-Einsätzen mit großem Nutzen verbunden... zum globalen Management von Konflikten und zwecks Zugangs zu strategischen Rohstoffen, der Aufrechterhaltung des freien Handels und der Schifffahrt.“ Das alles lässt sich mit einer Armee von Wehrpflichtigen schwer umsetzen. In diesem Sinne lobte der seinerzeitige Verteidigungsminister Platter bereits vor Jahren die Präsenz des Bundesheeres am Balkan als „Türöffner für die österreichische Wirtschaft.“ Das



Foto: www.bundesheer.at